

Dr. med. Thomas Fischbach, Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte e. V. (BVKJ)

46. Herbst-Seminar Kongress vom 11. bis 14. Oktober 2018 in Bad Orb

**Pressemitteilung des Berufsverbandes der
Kinder- und Jugendärzte (BVKJ e.V.)**

Sperrfrist: 11.10.2018, 12.00 Uhr

Kampf gegen Adipositas bei Kindern: Pädiater fordern Zuckersteuer, Nährwertampel und Kinderwerbeverbot

1948 hat die WHO Adipositas in ihre Liste der klassifizierten Krankheiten und psychischen Störungen (ICD) aufgenommen. Seit 1997 spricht die WHO von Adipositas als einer Epidemie. Wir wissen heute viel über die Adipositas, wir wissen, dass sie eine chronische Krankheit mit komplexen Ursachen ist. Unter anderem können Bildungsferne und Armut eine Rolle spielen. So leiden Kinder aus sozioökonomisch schlecht gestellten Familien im Vergleich mit Kindern aus dem Mittelstand viermal häufiger an Adipositas.

Starkes Übergewicht behindert den Alltag erheblich. Adipöse sind vom sozialen Leben weitgehend ausgeschlossen; sie passen in keinen Kinosessel, unter keinen Autogurt, sie werden gemobbt und gemieden, wir haben inzwischen zahlreiche Studien, die zeigen, dass Adipöse - vor allem Frauen - bei der Karriere und bei der Partnerwahl so gut wie keine Chancen haben. ABER: und das mag Ihnen seltsam erscheinen: Adipositas ist nicht unbedingt eine gefährliche Krankheit. Allerdings verursacht sie viele andere schwere, teilweise lebensbedrohliche Krankheiten, etwa Bluthochdruck, Diabetes, Kniegelenksarthrose und Depressionen. Wir Kinder- und Jugendärzte suchen daher nach Wegen, Adipositas erst garnicht

entstehen zu lassen.

Doch welche Maßnahmen sind dabei sinnvoll? Fest steht: allein mit Ernährungs- und Diätberatung ist es nicht getan in einer Welt, in der es zu jeder Zeit und an allen Ecken und Enden billiges hochkalorisches Essen gibt. Tragischerweise ist die Dichte an Fastfoodläden dort besonders hoch und die Grünflächen und andere Bewegungsräume besonders rar, wo arme Menschen wohnen.

Die bisherige individuelle Prävention muss daher ergänzt werden durch einen nationalen Aktionsplan gegen die Adipositas-Epidemie. Bund, Länder, Städte und Gemeinde müssen endlich konzertiert handeln, um die Adipositasepidemie zu besiegen.

Kinder- und Jugendärzte fordern dazu ganz konkrete Schritte:

Von der Zuckersteuer bis zur Ampelkennzeichnung, einer gesunden Gemeinschaftsverpflegung in Kindergarten und Schule, einem Verbot von Werbung für ungesunde Lebensmittel für die Zielgruppe „Kind“ über die klare, schnell erfassbare Kennzeichnung zu fetter, zu salziger, zu süßer Produkte im Supermarkt bis hin zum Ausstieg aus gescheiterten Präventions-Projekten reichen unsere Forderungen.

In unserem Kampf gegen die Adipositasepidemie haben wir Verbündete wie etwa Foodwatch, aber wir haben auch die mächtigen Lobbyisten der Lebensmittelindustrie, die Millionen Euro dafür ausgeben, Politiker von Verboten ungesunder Lebensmittel abzuhalten. Doch wir geben nicht auf und nun scheint sich auch etwas zu bewegen. Vor ein paar Monaten haben die Verbraucherminister der Länder einen wichtigen Schritt getan: sie haben die Bundesregierung dazu aufgefordert, rechtliche Regelungen mit konkreten Zeitvorgaben für Werbeverbote für ungesunde Lebensmittel und für eine Lebensmittelkennzeichnung zu erarbeiten. Die Initiative der Landesminister ist ein wichtiges Signal, dass die Politik nicht mehr länger vor der Lebensmittelindustrie kuschelt, sondern handelt und die Weichen für gesündere Ernährung stellt. Wir hoffen, dass nun schnell eine einfache Lebensmittelkennzeichnung, ein Werbeverbot für Kinderlebensmittel und eine

Zuckersteuer kommen. Diese Maßnahmen werden helfen, die epidemische Verbreitung von Übergewicht einzudämmen. Kinder und Jugendliche werden dann besser vor ungesunden, vor allem vor zu süßen Lebensmitteln geschützt, die dick und krank machen.

Sondersteuer auch auf „Süßes“

Dass gesetzliche Verbote wirken, hat das Rauchverbot gezeigt und auch die Alkopops-Steuer. Nachdem die Politik die bei Jugendlichen überaus beliebten Schnapsmischgetränke mit einer Sondersteuer belegt hatte, sank der Absatz binnen eines Jahres um 80 Prozent. Das Beispiel, aber auch die Beispiele Mexiko, Frankreich, Finnland, Ungarn und Großbritannien zeigen, dass Steuerungsmechanismen die Gesundheit wirksam schützen können. Durch die Einführung von Zucker-Abgaben und damit höheren Preise ist den Verbrauchern in diesen Ländern die Lust auf Süßes weitgehend vergangen, die Absatzzahlen an Süßgetränken gehen seit Einführung der Steuer deutlich zurück. In Mexiko wurden Ende letzten Jahres zwölf Prozent weniger zuckergesüßte Getränke konsumiert als vor Einführung der Steuer.

Gesetzliche Regelungen sind natürlich allein nicht ausreichend, um Kinder vor Über- und Fehlernährung zu schützen. Ebenso wichtig ist es, dass Kinder von früh auf „Ernährungsbildung“ im Kindergarten und in der Schule bekommen, um sich bestmöglich zu informieren und gesund zu essen. Hier sind die Kommunen gefordert. Und zusammen mit den Ländern auch bei der Stadtplanung. Wir brauchen Freiräume für Kinder, in denen sie sich bewegen können, spielen und herumtoben.

Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG).

Zur Erinnerung: bald sollen wir Kinder- und Jugendärzte und auch Allgemeinärzte mindestens 25 statt bisher 20 Stunden in der Woche für unsere Kassenpatienten bereithalten. Auch Termine bei Fachärzten sollen künftig leichter zu bekommen sein. Wir Ärzte sollen dafür mehr Geld erhalten - was die Beiträge langfristig nach oben treibt, aber das sagt uns der umtriebige Minister natürlich nicht, aber man

kann es nachlesen, ein Grund dafür, dass sich daher auch Arbeitgeberverbände und Kommunen so stark dagegen wehren; dies nur nebenbei. Viel wichtiger erscheint mir die Frage: Nützt das TSVG wirklich unseren Patienten? Werden Eltern, die heute schon für ihr Kind keinen Kinder- und Jugendarzt in ihrem Stadtviertel oder in ihrem Dorf finden, durch das TSVG schneller eine Kinder- und Jugendärztin, einen Kinder- und Jugendarzt finden? NEIN! Zusätzliche Praxisöffnungszeiten und offene Sprechstunden ohne vorherige Anmeldung, wie sie der Minister ebenfalls fordert, werden das Problem der fehlenden Kinder- und Jugendärzte bei gleichzeitig steigender Geburtenrate nicht lösen. Dies wird nur durch eine Bedarfsplanung gelingen, die diesen Namen auch verdient, durch mehr Medizinstudienplätze und durch eine verbesserte und für junge Arztfamilien attraktivere Infrastruktur auf dem Land, durch wirkliche tiefgreifende Reformen also.

Neues Gesetz ist reine Flickschusterei

Der BVKJ wehrt sich daher mit all seinen Kräften gegen das unsinnige Gesetz, das nur Flickschusterei ist: Wir haben eine frühe Fassung des TSVG-Referentenentwurfes erhalten. Wir haben uns in einer Stellungnahme an das Bundesgesundheitsministerium (BMG) gewandt, wir haben den Minister erneut angeschrieben, die Fachabteilungen angerufen und versuchen auch die Öffentlichkeit über Pressearbeit und über die sozialen Medien zu informieren.

Wir werden nicht aufgeben, sondern gemeinsam mit unseren Verbündeten, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, dem Hausärzteverband und weiteren, die das TSVG ebenfalls aus guten Gründen ablehnen, gegen den TSVG-Unfug kämpfen. Bleibt zu hoffen, dass der Minister bei dem Gesetzentwurf zumindest noch nachbessert!

Denn es gilt, wie Sie sicher wissen, das "Erste Strucksche Gesetz", das der frühere Bundesverteidigungsminister und Fraktionsvorsitzende der SPD, einmal formuliert hat: "Kein Gesetz kommt aus dem Parlament so heraus, wie es eingebracht worden ist."

Verantwortlich:

Berufsverband der Kinder-und Jugendärzte (BVKJ)
Mielenforster Straße 2, 51069 Köln Tel: 02 21/68 909-0

Anmerkung für die Redaktionen:

Bei Nachfragen steht Ihnen

Dr. med. Thomas Fischbach

Präsident Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ),

zur Verfügung unter thomas.fischbach@uminfo.de oder Tel: 0162 697 14 09

Pressesprecher: Dr. med. Hermann Josef Kahl

Uhlandstraße 11, 40237 Düsseldorf

Tel.: 02 11 - 67 22 22 Fax: 02 11- 68 24 29 – mobil 0173 738 85 88.

E-Mail: praxis@freenet.de

**Weitere Infos unter www.kinderaerzte-im-netz.de
und www.bvkj.de**

Geschäftsstellen: Mielenforster Str. 2, **51069 Köln**, Fon: 0221/68909-0, Fax: 0221/683204
Chausseestr. 128/129, **10115 Berlin**, Fon: 030/22335582, Fax: 030/22335550